

---



---

## Europäische Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert: eine Einführung

---



---

Rezension von: Derek H. Aldcroft, *The European Economy 1914-2000*, 4th Edition, Routledge, London und New York 2001, 327 Seiten, £ 20,99 (pb.).

---



---

Der vorliegende Band ist die vierte Auflage der mittlerweile bereits klassischen Einführung Derek Aldcrofts, Professor an der Manchester Metropolitan University, in die europäische Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die erste Auflage erschien 1978.

Der Textteil umfasst nun schon fast 300 Seiten. Seine Gliederung ist chronologisch und problemorientiert. Die ersten drei Kapitel befassen sich mit dem Ersten Weltkrieg und seinen ökonomischen Nachwirkungen, dem Aufschwung und den Stabilitätsproblemen in den zwanziger Jahren sowie der Depression und den wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen in den dreißiger Jahren. Die Themen der Kapitel 4 bis 6 sind der Zweite Weltkrieg und der Wiederaufbau, die westeuropäische Wachstumsphase der fünfziger und sechziger Jahre (das ‚Goldene Zeitalter‘) und die Entwicklung der kommunistischen Planwirtschaften Osteuropas in demselben Zeitraum. Den beiden bisher genannten Themenblöcken ist jeweils rund ein schwaches Drittel des Gesamttextes gewidmet.

Die Zeit seit 1970 erfährt folglich überproportional starke Beachtung. In den Kapiteln 7 und 8 beschäftigt sich Aldcroft mit den wirtschaftlichen Umbrüchen der siebziger Jahre bzw. mit der Suche Westeuropas nach Stabilität in den achtziger Jahren. Die beiden letzten Kapitel stammen von Steven Morewood. Im Ka-

pitel 9 wird die Krise der osteuropäischen Planwirtschaften in den siebziger und achtziger Jahren behandelt. Und im abschließenden Kapitel befasst sich Morewood einerseits mit der europäischen Integration in den neunziger Jahren, andererseits mit dem Übergang der einstigen RGW-Länder zur Marktwirtschaft nach 1989. Die Kapitel 8 und 9 fanden bereits Aufnahme in die dritte Auflage (erschienen 1993). Die vorliegende Auflage unterscheidet sich von der vorhergehenden zum einen durch die Überarbeitung zahlreicher Textpassagen und der Bibliographie, zum anderen durch die Hinzufügung des den neunziger Jahren geltenden Kapitels 10.

Diese kurze Besprechung beschränkt sich auf einige Bemerkungen zu den beiden letzten Kapiteln des Bandes mit ihrem Osteuropaschwerpunkt.

Im Kapitel 9 skizziert Morewood die Bemühungen zu Beginn der siebziger Jahre, die Effizienz der existierenden zentralen Planwirtschaften zu erhöhen, um den Übergang von extensivem auf intensives Wachstum zu bewältigen. Die damaligen Reformen beinhalteten die Delegation von Entscheidungskompetenzen an die leitenden Angestellten in den Betrieben, verstärkte materielle Anreize für diese und die Beschäftigten sowie größere Spielräume für die Betriebe hinsichtlich der Beteiligung am Außenhandel. Ein verbesserter Lebensstandard für die Bevölkerungsmehrheit sollte die politische Stabilität gewährleisten und die Arbeiter zu höherer Leistungsintensität motivieren.

Einige der osteuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion (insbesondere Polen, Ungarn und Rumänien) entschieden sich für eine importgeleitete Wachstumsstrategie: Aus dem Westen importierte Hochtechnik-Maschinen und -Ausrüstungen sollten die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen verarbeitenden Industrien verbessern. Der beabsichtigte Export von qualitativ hochwertigen Sachgütern in den Westen

würde dann das temporäre Ungleichgewicht in der Handelsbilanz beheben und die Devisenerlöse die Bedienung und Tilgung der Auslandsschulden ermöglichen.

Da kostengünstige Rohstoffe aus der Sowjetunion und großzügige Kredite aus dem Westen die negativen Auswirkungen des ersten Ölpreisschocks weitgehend abfederten, wurde die importgeleitete Strategie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre fortgesetzt. Spätestens nach dem zweiten Ölpreisschock trat jedoch das Scheitern dieses Konzepts offenkundig zutage.

Aber auch ohne die direkten und indirekten Effekte des zweiten Ölpreisschocks hätte die importgeleitete Wachstumsstrategie nicht zum Ziel geführt: „In the event, eastern Europe simply lacked the trained personnel and economic infrastructure to absorb western technology properly and thereby produce competitive products. A great amount of western loans was misspent and wasted.“ (S. 251) Um die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die unzulängliche Versorgung mit Nahrungsmitteln (worin der spektakuläre Misserfolg kommunistischer Agrarpolitik zum Ausdruck kam) in Grenzen zu halten, wurden knappe Devisenbestände dazu verwendet, Getreide aus den USA und westliche Konsumgüter einzuführen.

Anfang der achtziger Jahre wiesen viele der osteuropäischen Planwirtschaften Symptome der ‚Polnischen Krankheit‘ auf: In der Rezession, die in Westeuropa dem zweiten Ölpreisschock folgte, sank die Nachfrage nach osteuropäischen Produkten, sodass sich in den betreffenden Ländern die Handelsbilanzungleichgewichte verschärften. Gleichzeitig stiegen die Zinssätze, womit sich die Belastungen durch den Schuldendienst erheblich erhöhten. Das Ausmaß der akkumulierten Auslandsschulden wirkte dann als Wachstumsbremse. Die Importe mussten gedrosselt werden, um das Leistungsbilanzdefizit zu verringern, In-

vestitionsprojekte mussten abgebrochen werden, was sich wiederum negativ auf die Exportkapazität auswirkte.

In der Sowjetunion, die als Netto-Energieexporteur von den steigenden Weltmarktpreisen in diesem Sektor profitierte, erwiesen sich die immensen Rüstungsausgaben als zusätzliches Entwicklungshindernis: Die qualitativ hochwertigsten Ressourcen wurden der zivilen Produktion entzogen und in die Herstellung von Rüstungsgütern geleitet – z.B. rund ein Drittel der Maschinenproduktion während der siebziger Jahre. In weiten Bereichen der Industrie vergrößerte sich der Rückstand gegenüber dem Westen. Die Ersatzinvestitionen im industriellen Bereich waren völlig unzureichend, was u.a. darin zum Ausdruck kam, dass bis zu vierzig Prozent der Werkzeugmaschinenkapazität für Reparaturleistungen verwendet werden mussten, und die Kapitalproduktivität blieb sehr niedrig.

In einer regierungsinternen Studie (dem sog. Novosibirsk-Bericht), die an die westliche Öffentlichkeit gelangte, wurde harsche Kritik an der Qualität der Arbeitskräfte in der Sowjetunion geübt. Beklagt wurden fehlende Disziplin und Motivation der Beschäftigten – sowohl der leitenden Angestellten als auch der einfachen Arbeiter –, geringe Leistungsintensität, Verwendung von Betriebseigentum für private Zwecke und Geschäfte in der Schattenwirtschaft, weitverbreiteter Alkoholismus etc. – mit den entsprechenden Folgen für die Arbeitsproduktivität.

Auch Gorbatschows Versuche in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, die Effektivität der sowjetischen Wirtschaft innerhalb der Rahmenbedingungen der bestehenden Wirtschaftsordnung zu verbessern, waren zum Scheitern verurteilt: „Ultimately, Gorbachev failed to resurrect the economy, though his revisionism unleashed forces which brought down communism across eastern Europe.“ (S. 258) Der Fünfjahresplan 1986-90

setzte auf einen massiven Schub von Modernisierungsinvestitionen in den Kapitalgüterbranchen und die davon ausgehenden Wirkungen auf Effizienz und Produktqualität. Die Abhängigkeit von importierten Maschinen und Ausrüstungen sollte dadurch verringert und in der Folge die vermehrte Herstellung von Verbrauchsgütern ermöglicht werden. Eine neue Behörde war mit der Durchsetzung von anspruchsvolleren Qualitätsstandards beauftragt. Korruption und Unfähigkeit in der Verwaltung wurden nicht durch Terror, sondern durch öffentliche Bloßstellung und Versetzungen bekämpft. Weitere Kampagnen galten der Eindämmung der sich rasch ausbreitenden Schattenwirtschaft und der Bekämpfung des Alkoholismus.

Auf keinem der genannten Reformfelder waren nachhaltige Erfolge zu verzeichnen. Akute Engpässe traten bald in einem der industriellen Schlüsselsektoren, nämlich dem Maschinenbau, auf. Der Import von Konsumgütern musste wegen des dringenden Bedarfs an westlichen Werkzeugmaschinen für die Schwerindustrie gedrosselt werden. Und die neuen Qualitätskontrolloren nahmen ihre Arbeit ernst, offenbarten die mangelnde Produktqualität und beanstandeten Outputmengen von derartigem Ausmaß, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion erheblich behindert wurde. Die Folge davon war, dass man zu den alten Maßstäben der Bewertung zurückkehrte: „... once more, quantity, the god of centrally planned economies, ruled the roost.“ (S. 259)

Das Scheitern aller Reformversuche in den achtziger Jahren führte, so Morewood, nachdrücklich vor Augen, dass eine Marktwirtschaft nicht einfach über eine zentrale Planwirtschaft gestülpt werden kann: „By 1989 the economies of eastern Europe were in a morass, sinking ever deeper into difficulties no matter what palliatives were tried. Sharply declining living standards and rising nationalism proved the death knell of the

one party communist state. It was no longer possible to shirk the fact that socialist economies could not compete with western technology or consumerism. But because most of the countries of eastern Europe had embarked on some form of market reform an inherent contradiction became apparent. The simple fact was that it was not possible to superimpose a free market economy onto a centrally planned one. The coexistence of the two systems meant that the market economy was continually held back and rendered ineffective. State controls, for instance, dictated that not all prices reflected scarcity (except on the black market). Suffocating restrictions ensured that no budding class of entrepreneurs emerged. The army of meddling bureaucrats created by central planning was naturally hostile to the birth pangs of private enterprise, which was seen as job threatening. Ultimately, only political revolution could resolve the contradiction.“ (S. 263)

Die neuen Regime in Osteuropa waren mit einer Reihe gemeinsamer Probleme konfrontiert: der Beseitigung der zentralen Planwirtschaft, der Schaffung der institutionellen Grundlagen der Marktwirtschaft, der Privatisierung staatlicher Unternehmen, der Einführung einer konvertiblen Währung und der Bewältigung der damit verbundenen Preisanpassungen und wirtschaftsstrukturellen Verschiebungen, der Reform des Sozialsystems, des Umgangs mit Umweltverschmutzung und -zerstörung, um nur einige der gravierendsten zu nennen. Es gab mangels historischer Erfahrungen keinen Konsens über die günstigste Abfolge der Reformschritte, und tatsächlich schlugen die einzelnen Länder z. T. stark divergierende Reformpfade ein. Derzeit, etwas mehr als ein Jahrzehnt nach dem Umbruch, ist es noch zu früh, eine Bilanz zu ziehen – zumal der Transformationsprozess noch längst nicht abgeschlossen ist. Denn vielen der betroffenen Länder geht es nicht ‚nur‘ um die Be-

wältigung des Übergangs zur Marktwirtschaft, sondern auch um die Erfüllung der Bedingungen für den EU-Beitritt.

Wie weit kamen die osteuropäischen Länder im ersten Jahrzehnt des wirtschaftlichen Übergangs? Morewood hebt mit Recht die beträchtlichen Unterschiede in der ökonomischen Entwicklung hervor: „Given the sheer scale of the transformation task, it was inevitable that some countries forged ahead faster than others would.“ (S. 277)

- Nur in vier Ländern, nämlich in Polen, Slowenien, Ungarn und der Slowakei, war gemäß den Daten des WIIW im Jahre 2000 das reale BIP höher als 1990 (bzw. in Polen: 1989), also vor Beginn der Transformation. Russland erreichte erst knapp zwei Drittel des BIP-Niveaus von 1990, die Ukraine weniger als die Hälfte.
- Die Annäherung an die Wirtschaftsleistung der EU 15 lässt sich anhand des relativen BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten messen. Die höchsten Werte erzielten im Jahr 2000 Slowenien (73% des Wertes der EU 15), Tschien (60%) und Ungarn (53%). Das slowenische Pro-Kopf-Einkommen lag damit höher als das griechische (68%)

und gleichauf mit dem portugiesischen (74%). Russland und Kroatien erreichten nur ein Drittel des EU-Durchschnitts, Rumänien und Bulgarien rund ein Viertel, die Ukraine ein Sechstel.

- Die Transformationsprobleme schlugen sich 2000 nach wie vor in hoher Arbeitslosigkeit nieder. Die Arbeitslosenrate (in % der Erwerbspersonen) betrug in Tschechien, Ungarn und Russland rund 9% und lag in den meisten übrigen Ländern zwischen 10 und 20%. Die äußerst geringe Arbeitslosigkeit in der Ukraine (4%) spiegelt den Reformrückstand dieses Landes wider.
- Der Preisauftrieb konnte in den meisten Ländern bereits in den einstelligen Bereich hinabgedrückt werden. In Russland belief sich die Inflationsrate im Jahr 2000 auf 21%, was gemessen an der galoppierenden Teuerung des Jahres 1992 (1.500%) einen großen Stabilisierungserfolg darstellte.

Der vorliegende Band bietet eine kompakte und sehr empfehlenswerte Einführung in die überaus wechselvolle Wirtschaftsgeschichte der Länder West- und Osteuropas im vergangenen Jahrhundert.

Michael Mesch